



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Irre Griechen? Wie viel Demokratie verträgt Europa?**

Bericht: Philipp Jahn, Ingo Blank, Gitti Müller

Datum: 02.07.2015

Georg Restle: „Und jetzt zur Griechenlandkrise. Chaostruppe, Dilettanten, Schurken. Es scheint fast so, als hätten Spitzenpolitiker oder Kommentatoren mittlerweile jede Zurückhaltung abgelegt, wenn es um Kritik an einer Regierung geht, die immerhin vom griechischen Volk gewählt worden ist. Ich weiß ja nicht, wie es Ihnen geht, aber die Berichterstattung über die Griechenlandkrise konnte einen hier und da schon - na ja - etwas ratlos zurücklassen. Für viele scheint die Geschichte ja ziemlich schnell erzählt: Hier die großzügigen Europäer, da die störrischen Griechen, die partout nicht einsehen wollen, was doch eigentlich zu ihrem Besten ist. Die Frage ist nur: Stimmt diese Geschichte so? Was genau ist da in den letzten Tagen eigentlich passiert? Wer hat da wen unter Druck gesetzt? Und geht es tatsächlich nur ums Geld, oder eher doch darum, eine Regierung loszuwerden, die sich dem Spardiktat einfach nicht beugen will? Höchste Zeit, mal ein paar andere Stimmen zu Wort kommen zu lassen: Über Märchen und Mythen der Griechenlandkrise.“

Beten für Griechenland. Wenn die griechische Gemeinde in Düsseldorf in diesen Tagen Gottesdienst feiert, dann gehen die Gedanken und Gebete immer auch in Richtung Heimat. Und ein paar Euro, die den Menschen dort helfen sollen.

Reporterin: „Warum müssen Sie hier Spendengelder sammeln für Griechenland?“

Griechen auf der Straße: „Ja, weil viele Griechen sehr arm sind. Da sind ungefähr zwei Millionen Griechen, die unter Minimum ... des notwendigen Minimum leben.“

Griechin auf der Straße: „Das Land im Moment ist wirklich ruiniert. Es ist im Boden, also müssen wir wieder neu auferstehen. Wir müssen einen Weg finden. Auf jeden Fall mit mehr Sparpolitik kann es nicht gemacht werden.“

Erstaunlich viele Griechen hier denken so, selbst wenn sie der aktuellen Regierung nicht unbedingt anhängen. Und das sehen sie zurzeit täglich im Deutschen Fernsehen.

TV-Kommentare: „Die griechische Regierung ist eine Regierung, die das eigene Volk in Geiselnhaft nimmt.“

„Ich bin einigermaßen fassungslos.“

„... nur um den Rest Europas zu erpressen.“

„So können wir in Europa nicht arbeiten, so kommen wir nicht voran.“

„Dort sitzen ein paar Spieltheoretiker in der griechischen Regierung.“

„Die griechische Regierung hat ein unglaubliches Verhalten an den Tag gelegt.“

Der Tenor ist einhellig. Diese beiden sollen die anderen 18 Euroländer erpresst haben. Aber stimmt das wirklich? Rückblende. Samstag vergangene Woche, nach tagelangen Verhandlungen der Showdown in Brüssel. Um 18:26 Uhr verlässt der griechische Finanzminister den Verhandlungsraum. Was war passiert? Die Version der Bundesregierung: 18 Länder wollten den Griechen weit entgegenkommen, es habe ...

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin: „... ein außerordentlich großzügiges Programmangebot an die griechische Regierung gegeben.“

Siegmar Gabriel (SPD), Bundeswirtschaftsminister: „Es war gerade vor dem Hintergrund der kritischen wirtschaftlichen Lage und der schwierigen sozialen Lage in Griechenland formuliert worden. Das hat beinhaltet 35 Milliarden Euro Investitionen.“

Ein Hilfsprogramm über 35 Milliarden also. Gab es das wirklich? Ein genauer Blick in die Verhandlungspapiere ergibt ein anderes Bild. Die 35-Milliarden-Hilfe kommt darin schlicht nicht vor.

Prof. Gustav Horn, Institut für Makroökonomie: „Das sind die Mittel, die Griechenland ohnehin zur Verfügung stünden oder gestanden haben in den letzten Jahren, die sie aber nicht abgerufen haben und nicht abrufen konnten. Weil dieses Programm erfordert eine Co-Finanzierung von Seiten Griechenlands. Und Griechenland hat einfach nicht die Mittel, diese Co-Finanzierung zu leisten. Man hat ihnen jetzt angeboten, diese Co-Finanzierung geringer zu machen, aber selbst dieses Geld wird Griechenland nicht aufbringen. Dieses ganze Programm ist eine Chimäre.“

Und auch das habe das großzügige Angebot enthalten: Ein Verzicht auf Mehrwertsteuererhöhungen und ein Verzicht auf Rentenkürzungen, wie auch der Kommissionspräsident immer wieder beteuerte.

Jean-Claude Juncker, Präsident EU-Kommission: „No pension cuts in this package, no pension cuts in this package.“

Keine Rentenkürzung? Noch ein Blick ins Verhandlungsdokument: Die Krankenkassenbeiträge für Rentner sollten steigen und die Zuschüsse für niedrige Renten sinken - eine faktische Rentenkürzung. Und der Mehrwertsteuersatz?

Prof. Gustav Horn, Institut für Makroökonomie: „Auch die Griechen haben in ihren Angeboten Mehrwertsteuererhöhungen drin enthalten. Sie haben sich auch auf die Sätze geeinigt, 6, 12 und 23 Prozent. Das ist gar nicht mehr strittig zwischen allen. Es geht jetzt nur darum, welche Gütergruppen ordnet man den verschiedenen Sätzen zu. Und da möchte die griechische Seite die Hotels beispielsweise dem mittleren Satz zuordnen und nicht dem höchsten, weil sie Angst haben, dass die Hotels sonst ihre Preise erhöhen müssen und Touristen ausbleiben, die sie jetzt gerade dringend bedürfen.“

Eigentlich ging es also nur noch um technische Details. Trotzdem haben die anderen Finanzminister den Vorschlag der Griechen radikal zusammengestrichen - bis hin zu kleinsten Maßnahmen: Die Besteuerung von Diesel für Bauern sollte eingeführt, die Steuererleichterung für arme Inselbewohner gestrichen werden.

Sven Giegold (B'90/Die Grünen), Mitglied der Grünen Fraktion im Europaparlament: „Ich glaube, dass das psychologisch eine Demütigung war, und in der ökonomischen Substanz bedeutete, dass Reformen, die ohnehin schon krisenverschärfend sind, nochmal umgeschrieben wurden, dass sie krisenverschärfend sind, aber auch noch sozial ungerecht. Und diese Kombination war dann endgültig für die griechische Regierung nicht mehr tragbar.“

Erstaunlich, Tsipras und Varoufakis waren Anfang vergangener Woche zu großen Zugeständnissen bereit. Trotzdem blieben die Gläubiger hart. Ging es ihnen vielleicht um etwas ganz anderes?

Prof. Gesine Schwan (SPD), Politikwissenschaftlerin: „Die Gläubiger wollen ein für allemal verhindern, dass eine alternative Wirtschaftspolitik zum Zuge kommt, das ist ganz klar. Und das ist ganz schlimm, denn wenn diese Wirtschaftspolitik, die jetzt betrieben wird, nicht zugunsten der Menschen geht, dann ist das schlimm für die Menschen. Und daraus erklärt sich auch die Härte des Kampfes. Denn an Griechenland zeigt sich, ob die Europäer offen bleiben können für andere politische Optionen angesichts dieser Schuldensituation oder ob sich eine bestimmte Wirtschaftspolitik, eben die der Austerität, durchsetzt nur durch Sparen wachsen, die bisher nach meinem Eindruck nirgends wirklich Erfolg hatte.“

Ihr Nein zur Sparpolitik hat die griechische Regierung vor gut fünf Monaten ins Amt gebracht. Sie war angetreten, diese Politik zu beenden - das hatte sie im Wahlkampf versprochen, dafür wurde sie mit großer Mehrheit gewählt. Denn die Folgen der Sparpolitik sind verheerend. Das griechische Bruttoinlandsprodukt ist seit 2008 um ein Viertel geschrumpft, die Erwerbslosenquote hat sich mehr als verdreifacht.

Prof. Thomas Piketty, Paris School of Economics (Übersetzung Monitor): „Wir müssen anfangen, unsere Irrtümer einzusehen. Wenn wir eine so schlechte wirtschaftliche Performance haben und doppelt so hohe Arbeitslosenzahlen wie in den Vereinigten Staaten, dann weil wir eine viel zu strenge Sparpolitik betrieben haben.“

Die Gläubiger fordern von den Griechen, eine längst gescheiterte Politik zu verlängern. Nun soll das griechische Volk entscheiden. Geht es dabei wirklich nur um die Wirtschaft - oder um die griechische Regierung selbst?

Martin Schulz (SPD), Präsident Europäisches Parlament: „Warten wir mal ab, was am Sonntag kommt. Wir werden danach sicher dem griechischen Volk helfen - ganz sicher nicht der Regierung.“

Kritiker glauben, dass ganz besonders deutsche Politiker schon seit dem Wahlsieg der linken griechischen Regierung alles dafür tun, diese schnellstmöglich wieder loszuwerden.

Prof. Gesine Schwan (SPD), Politikwissenschaftlerin: „Bei der deutschen Regierung ganz klar, bei Herrn Schäuble, aber ich denke auch zum Teil bei Sigmar Gabriel, dass sie einfach die griechische Regierung weghaben wollen. Sie stellen sich vor, dass das, was jetzt da an

Schwierigkeiten und Turbulenzen entsteht, die Regierung so diskreditiert, dass sie weg vom Fenster kommt. Also die deutsche Bundesregierung - und da ist kein großer Unterschied zwischen der SPD-Führung und der CDU, ganz im Gegenteil - die deutsche Bundesregierung hat von Anfang an auf Diskreditierung der griechischen Regierung gesetzt. Das steht in meiner Sicht dahinter.“

Am Sonntag soll das griechische Volk über die Sparpolitik entscheiden. Eine alternative Wirtschaftspolitik in einem Euroland wird es aber ganz sicher nicht geben - diese Entscheidung ist längst anderswo gefallen.

Georg Restle: „Und um gleich noch mit ein paar weiteren Mythen aufzuräumen. Wer darüber spricht, dass mit den Milliardenkrediten Griechenland gerettet werden sollte, der sollte nicht vergessen, dass davon vor allem auch deutsche und französische Banken profitierten. Und wer meint, Deutschland müsste jetzt für Griechenland die Zeche bezahlen, der sollte sich auch daran erinnern, dass es vor allem Deutschland war, das von der Krise in den letzten Jahren enorm profitiert hat.“